

**Sperrfrist: 29. Dezember 2020, 10.30 Uhr**  
**Es gilt das gesprochene Wort**

## **PRESSESTATEMENT**

von

**Anton F. Börner**

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,  
Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)

### **Europa, USA, China – Einbruch, Umbruch, Durchbruch**

**Wirtschaftliche Lage und Perspektive des deutschen Groß- und Außenhandels**  
**– Ergebnisse der aktuellen BGA-Unternehmerumfrage –**

**Berlin, 29. Dezember 2020, 10.30 Uhr**  
**virtuell**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Covid-19 hat uns exportseitig um fünf Jahre zurückgeworfen und zugleich, insbesondere bei der Digitalisierung, um fünf Jahre nach vorne katapultiert. Unsere Lieferketten wurden ebenso gestresst wie die Unternehmen selbst. Ich persönlich starte mit Zuversicht ins neue Jahr. Allerdings zeigt der aktuelle Rückschlag, dass eine halbherzige Pandemiebekämpfung einen hohen, bei Weitem nicht nur wirtschaftlichen Preis kostet.

Dieses Virus verzeiht keine Fehler und Nachlässigkeiten. Aber die deutsche Wirtschaft ist stark und trotz des scharfen Einschnitts stehen die Strukturen hierzulande bereit zum Durchstarten – dank vielfältiger Initiativen und dem Rückgriff auf eigene Reserven sowie umfangreicher Stabilitätshilfen.

Zunächst einmal fällt die Jahresbilanz sowohl im Außenhandel wie auch im Großhandel trostlos aus. Einhergehend mit dem Einbruch des gesamten Welthandels in den ersten drei Quartalen um 8,2 Prozent sanken die deutschen Exporte zwischen Januar und Oktober 2020 sogar um 11 Prozent. Angesichts des erneuten Herunterfahrens der Wirtschaften in Europa, das immerhin für gut ein Drittel des weltweiten Güterhandels steht, erwarten wir bis zum Jahresende beim Exportrückgang mindestens eine 12 vor dem Komma.

Das US-Geschäft brach bisher um knapp 16 Prozent ein und Großbritannien nahm die Folgen des Brexits vorweg. Dorthin gingen die Exporte bislang um 18,5 Prozent zurück. Lateinamerika liegt insgesamt darnieder. Einziger Lichtblick sind China und Asien, deren Bedeutung während der Corona-Pandemie weiter gestiegen ist. Nach dem Abschluss des RCEP-Abkommens stellt sich die Frage, ob Europa und Deutschland von der wirtschaftlichen Dynamik in Asien profitieren oder den Anschluss daran verlieren werden.

Im Großhandel sieht es nicht viel besser aus. Nach einem guten Start in das Jahr 2020 hat die Corona-Krise zu einem massiven Einbruch von über 10 Prozent in den Monaten April und Mai geführt. Seitdem entwickeln sich die Umsätze uneinheitlich, hatten aber bis September 2020 in Richtung Erholung tendiert.

Sektoral besonders betroffen ist der export- und industriell getriebene Produktionsverbindungshandel, der nach dem dritten Quartal nominal 4,6 Prozent unter dem Vorjahreswert liegt. Gleiches gilt aber auch für den Teil des Großhandels, der sich auf die Belieferung des Gastgewerbes spezialisiert hat.

So entfallen beispielsweise im Bereich der Großmärkte und in weiten Bereichen des Lebensmittelzustellgroßhandels mit der Schließung der Hauptkundengruppe Gastronomie Geschäfte in einer Spanne von 40 – 60 Prozent. Ähnlich dramatisch ist die Situation für kleine Fachgroßhändler, die ausschließlich die Gastronomie mit beispielsweise Fleisch, Obst und Non-Food-Produkten beliefern.

Solche Unternehmen sind von der Schließung ebenso betroffen, wie die Gastronomen selbst. Daher ist es auch für uns wichtig, dass die Auszahlung der Überbrückungshilfen der Bundesregierung endlich Fahrt aufnimmt. Bereits jetzt stehen viele dieser überwiegend familiengeführten, mittelständischen Unternehmen am Rande ihrer Existenz.

Auch wenn noch keine genauen Daten aus dem zweiten Lockdown vorliegen, weist der aktuell erhobene Großhandelsindikator darauf hin, dass mit einem weiteren Dämpfer zu rechnen ist, dessen Ausmaß sich im Moment noch nicht abschätzen lässt.

Meine Damen und Herren,  
eine rasche wirtschaftliche Erholung ist möglich, wenn Impfstoffe ausreichend zur Verfügung stehen und wir die richtigen Lehren aus der Krise ziehen. Dazu müssen wir den Blick über Deutschland hinaus nach Europa wenden.

Mehr denn je liegt Deutschlands Zukunft in einem starken Europa, das seine geopolitische Rolle nach und nach annimmt, sich unabhängiger macht und in einer zunehmend multipolaren Welt eigene Akzente setzt, etwa mit neuen Handelsabkommen.

Das gilt umso mehr, nachdem wir nun mit Großbritannien einen ganz wichtigen Verbündeten in der EU verloren haben, der für Wettbewerb und freie Marktwirtschaft stand. Dass die Europäische Union und Großbritannien sich sprichwörtlich auf den letzten Metern auf ein Handelsabkommen geeinigt haben, ist ein wichtiges Signal für die Wirtschaft, sie in der aktuellen Krisensituation nicht zusätzlich zu belasten.

Auch mit einem „weichen“ Brexit wird eine Vielzahl von Veränderungen auf unsere Unternehmen zukommen. Vom 1. Januar bis zum 1. Juli 2021 werden Zollkontrollen für Waren aus der EU in Großbritannien stufenweise eingeführt – Einfuhranmeldungen und Vorabanmeldungen werden dann verpflichtend. Die EU führt bereits in drei Tagen volle Zollkontrollen ein. Es gibt eine Vielzahl von Veränderungen, auf die sich die Wirtschaft für ihren zukünftigen Handel mit

Großbritannien einstellen muss: Produkte müssen nun sowohl europäischen als auch britischen Vorschriften und Normen genügen und unterliegen regulatorischen Kontrollen und Einfuhrkontrollen. Warenlieferungen britischen Ursprungs gelten nicht länger als EU-Waren. Lieferketten müssen neu bewerten. Der bürokratische Aufwand, die lange Unsicherheit über die zukünftige Zusammenarbeit und der Verlust der Waren- und Personenfreiheit des europäischen Binnenmarktes stellen eine enorme Belastung in einer ohnehin schwierigen Situation dar.

Meine Damen und Herren,

Deutschland ohne Europa hätte künftig zwischen den USA und China nichts zu melden. Nach dem Amtswechsel im Weißen Haus wird wohl die Unsicherheit aufgrund der erratischen Entscheidungen des bisherigen Präsidenten schwinden. Joe Biden steht für mehr Berechenbarkeit und Verlässlichkeit. Auch der Wettlauf um immer neue Handelssanktionen und höhere Zollschränken dürfte damit vorbei sein und wieder mehr Rationalität in die Politik zurückkehren. Schließlich setzen wir auf eine Rückkehr des Multilateralismus. Die vier Jahre unter Präsident Trump haben tiefe Spuren in den multilateralen Organisationen und im Regelwerk des internationalen Handels hinterlassen. Kurzfristig rechne ich mit einer Rückkehr der USA zur Weltgesundheitsorganisation und zum Pariser Klimaschutzabkommen. Beides hat auch große Implikationen für die Weltwirtschaft, etwa bei der Corona-Bekämpfung. Mittelfristig bin ich ganz optimistisch, dass der künftige US-Präsident auch in einen konstruktiven Dialog mit der WTO einsteigt.

Dabei begreift Biden die Europäer als Partner und nicht als Herausforderer. Dies wird nicht zuletzt dadurch begünstigt, dass die USA im Ringen mit China Mitstreiter brauchen. Denn hier rechne ich nicht mit einem grundlegenden Kurswechsel, auch wenn der Ton vielleicht etwas konzilianter wird. Mit der neuen, weltweit größten Handelszone RCEP, die gerade in Asien entstanden ist, unterstreicht China nicht nur seinen politischen Führungsanspruch in der Region, sondern auch seine Rolle als globale Gestaltungsmacht.

Um nicht den Anschluss zu verlieren und nicht zuletzt zur Diversifizierung der Lieferketten, muss die EU nun die Verhandlungen über eigene Freihandelsabkommen in der Region energisch vorantreiben. Schließlich ist Asien ein enorm wichtiger Handelspartner. Im Jahr 2019 exportierten die RCEP-Länder Waren im Wert von 5,5 Billionen US-Dollar in die EU und importierten von dort

Waren im Wert von knapp 5 Billionen US-Dollar. Dies entspricht etwa 29 Prozent der weltweiten Warenexporte und rund 26 Prozent der weltweiten Warenimporte.

Nach dem Machtwechsel in den USA sollten beide Seiten die Verhandlungen für ein transatlantisches Abkommen wieder aufnehmen. Dies wäre nicht nur ein wichtiger geopolitischer Gegenpol zu RCEP, sondern auch die beste Lösung, um die schwelenden Handelskonflikte zwischen beiden Regionen zu befrieden. Langfristiges Ziel muss sein, dass die transatlantischen Partner ihre technischen und ethischen Standards definieren und dann auch global umsetzen.

Kein Verständnis habe ich für die fehlende Ratifizierung des CETA-Abkommens. Zudem haben wir mit dem Mercosur-Abkommen schon ein ausgehandeltes Abkommen auf dem Tisch und werfen alle geopolitischen Überlegungen über den Haufen, indem wir es überlasten. Das Abkommen ist nicht der Grund für Brasiliens aktuelle, verfehlte Umweltpolitik und fördert diese auch nicht. Im Gegenteil: Es stärkt die Anwendung internationaler Vereinbarungen über nicht nur Umwelt-, sondern auch Sozialstandards. Aber auch ein realistisches Angebot an die größte Demokratie der Welt, Indien, wäre ein dringend notwendiger Schritt.

Die Stärkung europäischer Souveränität und eine breitere internationale Aufstellung sind zwei Seiten derselben Medaille! Schon im eigenen Interesse dürfen wir die viel weniger leistungsstarken, schwer Corona-gebeutelten Schwellen- und Entwicklungsländer nicht vergessen und abkoppeln.

Meine Damen und Herren,

das Fehlen von Masken und Schutzausrüstungen wird viel zu oft herangezogen, um die internationalen Lieferketten infrage zu stellen. Insgesamt haben sie jedoch trotz massiver Hamsterkäufe und Einschränkungen eindrucksvoll funktioniert. Sorgen bereiten uns derzeit vielmehr explodierende Frachtraten, fehlende Kapazitäten und massive Probleme auch bei Themen wie der Liefertreue im Schiffsverkehr.

Dringend muss der Rückstau in den Häfen abgearbeitet werden. Gleichzeitig kann es nicht sein, dass die Reedereien diese historische Krise ausnutzen, um den großen Reibach zu machen.

Kein Verständnis habe ich auch für das anstehende Lieferkettengesetz: Die Unternehmer nehmen doch die Verantwortung für ihr eigenes Handeln sehr ernst. Aber das Lieferkettengesetz packt das Thema von der falschen Seite an, dazu noch im Alleingang und ohne Dialog mit den Partnerländern. Eigentlich ist die

Durchsetzung der Menschenrechte Aufgabe des Staates. Der jedoch macht sich einen schlanken Fuß und wälzt die Verantwortung auf die Unternehmen ab. Die aber können die Verhältnisse vor Ort kaum ändern. Schlimmstenfalls verlieren sie dann das Geschäft. Und genau davor haben die Menschen in den Entwicklungsländern Angst. Es hilft ihnen nicht, wenn sie ihre Arbeit verlieren. Im Gegenteil, es verschlechtert ihre Lage und bringt sie in noch größere Abhängigkeit.

Der richtige Hebel wäre, bei den Eliten anzusetzen und zwar bei ihrem Geld und Vermögen, wenn sie ihre Länder ausbeuten. Ebenso gilt es in den Ländern vor Ort von den Regierungen und Behörden die Einhaltung auch schon bestehender Gesetze einzufordern.

Stattdessen wird das Gesetz – unabhängig von Schwellenwerten – dazu führen, dass kleinere Zulieferer mit geringeren Ressourcen an der immensen Bürokratie scheitern und sich zurückziehen werden. Denn sie werden von den größeren Unternehmen vertraglich in die Haftung eingebunden. Es wird zu einer weiteren Marktkonzentration kommen – und der Mittelstand ist wieder der Verlierer.

Meine Damen und Herren,

auf was stellen sich unsere Unternehmen im Jahr 2021 ein?

Mit der bisherigen Krisenpolitik sind die Unternehmer ganz überwiegend zufrieden, wie unsere aktuelle Unternehmerumfrage zeigt: Nur knapp jeder siebte hält sie für unzureichend. Allerdings zeigt sich die Mehrheit der Befragten deutlich pessimistischer als ich persönlich. Vier von fünf sind der Ansicht, dass die Erholung trotz Impfstoff länger dauern wird und weitere Rückschläge nicht ausgeschlossen sind. Rund 40 Prozent der Unternehmer erlitten bereits durch den ersten Lockdown erhebliche Umsatzeinbrüche. Nachdem viele Unternehmen in der ersten Phase noch auf ihre Reserven zurückgreifen konnten, sehen sich über 44 Prozent nun von dem zweiten, partiellen Lockdown stärker betroffen, wobei die meisten von ihnen davon ausgehen, dass sie die Krise mit Blessuren überleben.

Nur jedes zweite Unternehmen (49 Prozent) hat bislang Hilfen in Anspruch genommen. Fast drei von vier Unternehmen wollen auch weiterhin keine beanspruchen. Viele Unternehmen setzen also auf ihre eigene Leistungsfähigkeit, um die Krise zu bewältigen.

Zu den in Anspruch genommenen Hilfen zählt ganz besonders das Kurzarbeitergeld (von fast neun von zehn Unternehmern), was die Bedeutung des Haltens der

Belegschaft für den Neustart unterstreicht. Drei von zehn Unternehmen nutzen steuerliche Hilfen wie Steuerstundungen und Vorauszahlungen.

44 Prozent der Befragten sprechen sich für wirtschaftspolitische Impulse aus und halten dazu mehr staatliche Investitionen in Gesundheit, Bildung und Digitalisierung für erforderlich. Zugleich erwarten sie jedoch auch einen wieder auf solide Finanzen bauenden, stärker marktwirtschaftlich orientierten Kurs.

Weitere Hilfen gilt es daher sparsam auf betroffene Unternehmen zu konzentrieren und nicht auf ganze Branchen, weil diese in den meisten Fällen viel zu heterogen sind. Erforderlich ist aber auch ein Belastungsmoratorium bei Steuern und Abgaben. Bereits die gestundeten Zahlungen und abzutragenden Überbrückungskredite sind eine erhebliche Belastung und Hypothek für die Unternehmen. Steuererhöhungen wie Vermögensteuern, Vermögensabgabe oder Reichensteuer sind das völlig falsche Signal. Sie belasten das Eigenkapital, das zum Erhalt und der Zukunftssicherung der Unternehmen dringend benötigt wird. Wichtiger denn je ist dagegen eine Modernisierung des Unternehmenssteuerrechts, um die Belastung an das internationale Niveau heranzuführen und strukturelle Hemmnisse abzubauen. Das ist insbesondere auch der Auftrag der künftigen Bundesregierung ab dem kommenden September. Unabhängig von der politischen Konstellation muss die Wirtschaft rund laufen, auch um die Corona-bedingten tiefen Haushaltslöcher stopfen zu können. Deshalb gilt es den Unternehmen keine Stolpersteine durch finanzielle und bürokratische Belastungen in den Weg zu legen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!